

Drucksache:
0046/2018/IV

Datum:
07.03.2018

Federführung:
Dezernat IV, Bürger- und Ordnungsamt

Beteiligung:

Betreff:

**Kriminalprävention; Maßnahmen zur Stärkung der
Sicherheit im öffentlichen Raum (Videoüberwachung)**

Informationsvorlage

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 23. März 2018

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Kenntnis genommen:	Handzeichen:
Haupt- und Finanzausschuss	21.03.2018	Ö	() ja () nein () ohne	

Zusammenfassung der Information:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Information zur Kenntnis.

Finanzielle Auswirkungen:

Bezeichnung:	Betrag:
Ausgaben / Gesamtkosten:	
Werden noch ermittelt	
Einnahmen:	
keine	
Finanzierung:	
keine	

Zusammenfassung der Begründung:

Aufgrund von Verhandlungen mit dem Polizeipräsidium Mannheim und der Sicherheitspartnerschaft mit dem Innenministerium Baden-Württemberg kann eine Beobachtung der Kriminalitätsschwerpunkte durch die Polizei stattfinden, wenn die Stadt Heidelberg die gleichen technischen Voraussetzungen wie die Stadt Mannheim schafft. Der Haupt- und Finanzausschuss wird über den aktuellen Kenntnisstand informiert.

Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 21.03.2018

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 21.03.2018:

2 **Kriminalprävention; Maßnahmen zur Stärkung der Sicherheit im öffentlichen Raum (Videoüberwachung)** Informationsvorlage 0046/2018/IV

Stadtrat Dr. Gradel berichtet, dass der Innenbereich des Bahnhofsgebäudes der Bundespolizei obliege und dieser ebenfalls per Video überwacht werde. Darüber hinaus habe er gehört, dass geplant sei, die Dienststelle der Bundespolizei am Bahnhof zu schließen und nach Mannheim zu verlegen. Aufgrund dessen, dass der Bahnhof in der Klassifizierung auf Stufe 1 gestiegen sei, halte er ein solches Vorgehen für nicht tragbar. Er fragt den anwesenden Polizeipräsidenten, Herrn Köber, ob er hierzu Informationen habe und welche Konsequenzen eine solche Verlagerung habe.

Mit Zustimmung des Gremiums erteilt Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner Herrn Köber das Wort.

Herr Köber führt aus, dass im Mannheimer Bahnhof ein Bundespolizeirevier und in Heidelberg lediglich ein Dienstverrichtungsraum vorhanden sei. Je nach Personalausstattung werde Personal in Heidelberg eingesetzt. Aufgrund dieser Situation habe die Bundespolizei eine enge Kooperation mit der Polizei in Heidelberg, die in geübter Praxis im Bahnhof eingesetzt werde. Im letzten Jahr sei man zum Beispiel 450-mal im Zuständigkeitsbereich der Bundespolizei im Bahnhof tätig gewesen.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner hält es für wichtig zu wissen, dass die Bundespolizei weiterhin in der gleichen Intensität in Heidelberg tätig sei. Auch aufgrund der Tatsache, dass der Bahnhof in der Klassifizierung in Stufe 1 aufgerückt sei.

Stadtrat Dr. Gradel ist der Meinung, dass man dahingehend aktiv werden sollte, dauerhaft ein Bundespolizei-Revier in Heidelberg einzufordern. Angesichts der Gefährdungslage (Kategorie 1) könne er sich etwas Anderes nicht vorstellen.

Der Oberbürgermeister sagt zu, das Thema aufzugreifen und ein entsprechendes Schreiben an die Bundespolizei Karlsruhe zu senden. Es sollen keine negativen Folgen für Heidelberg und damit auch für die Sicherheitspartnerschaft entstehen.

gezeichnet
Prof. Dr. Eckart Würzner
Oberbürgermeister

Ergebnis: Kenntnis genommen mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

Begründung:

Der Bismarckplatz und der Willy-Brandt-Platz sind Kriminalitätsschwerpunkte. Als eine Maßnahme zur Stärkung der Sicherheit im öffentlichen Raum hat daher die Stadt Heidelberg als Ortspolizeibehörde beschlossen, in diesen beiden Bereichen nach dem Polizeigesetz eine Videoüberwachung einzurichten. Hierfür wurden per Beschluss des Gemeinderates vom 18.05.2017 überplanmäßige Mittel in Höhe von 122.100 Euro bewilligt.

Während die Verwaltung an der technischen Umsetzung des Beschlusses arbeitete, kam die Zusage des Polizeipräsidiums Mannheim, dass die Stadt Heidelberg sich auch an dem Projekt „intelligente Videoüberwachung“ (Unterstützung der Videoüberwachung durch eine intelligente Software) beteiligen kann. Dies wurde in die Vereinbarung mit dem Innenministerium des Landes Baden-Württemberg zur Sicherheitspartnerschaft aufgenommen.

Das Polizeipräsidium Mannheim ist bereit, nach erfolgreichem Projektstart in Mannheim auch die aktive Videoüberwachung in Heidelberg nach gleichem Vorbild zu betreiben. Dazu müssen die gleichen technischen Voraussetzungen geschaffen werden wie in Mannheim. Dies betrifft die Standorte der Kameras als auch die Art der Kameras. Projektpartner des Polizeipräsidiums Mannheim und der Stadt Mannheim ist das Fraunhofer Institut. Das Fraunhofer Institut wurde daher beauftragt, auch die Heidelberger Videokamerastandorte auf ihre Geeignetheit für intelligente Videoüberwachung hin zu überprüfen und gegebenenfalls Gegenvorschläge zu unterbreiten. Die Analyse hat ergeben, dass die ursprünglich ausgesuchten Standorte für eine flächendeckende und intelligente Videoüberwachung nicht in jedem Fall geeignet und die Anzahl der Kamerastandorte und Kameras nicht ausreichend sind.

Derzeit wird die Realisierbarkeit der neuen Standorte, die Kosten und die rechtlichen Voraussetzungen überprüft. Sobald alle Zahlen und Fakten ermittelt sind, wird eine weitere Vorlage erstellt.

Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziel/e:
SOZ1	+	Diskriminierung und Gewalt vorbeugen Begründung: Durch die gesellschaftliche Entwicklung der zurückliegenden Jahre haben sich die objektive Sicherheitslage und das subjektive Sicherheitsempfinden verschlechtert. Die vorgeschlagenen Maßnahmen dienen der Zielerreichung

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

Keine.

gezeichnet
Wolfgang Erichson